

# Inhaltsübersicht

<b>Einleitung</b>	<b>Seite</b>
A. Zur Konzeption des Bilanzrichtlinien-Gesetzes . . . . .	3
B. Zu den Auswirkungen des Bilanzrichtlinien-Gesetzes auf die GmbH .	5
C. Gang der Untersuchung . . . . .	13

## **1. Kapitel** **Die Aufstellung des Rechnungsabschlusses**

A. Die Pflicht zur laufenden Buchführung . . . . .	15
B. Die Pflicht zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts . . . . .	24

## **2. Kapitel** **Die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts durch den Abschlußprüfer**

A. Sinn und Zweck der Abschlußprüfung . . . . .	56
B. Gegenstand und Umfang der Abschlußprüfung . . . . .	60
C. Zur Bestellung und Abberufung des Abschlußprüfers . . . . .	72
D. Zum Ablauf des Prüfungsverfahrens . . . . .	111
E. Das Ergebnis der Abschlußprüfung . . . . .	116

## **3. Kapitel** **Die Prüfung der Rechnungslegung durch den Aufsichtsrat**

A. Die verschiedenen Aufsichtsrats-Modelle . . . . .	127
B. Zur Prüfung und Berichterstattung über die Abschlußunterlagen . . .	129
C. Zur Teilnahme des Abschlußprüfers an der Bilanzsitzung . . . . .	145
D. Zur Einsicht und Aushändigung der Prüfungsvorlagen . . . . .	151
E. Zu den Auswirkungen der Neuregelung auf die Funktion des Aufsichtsrates in der GmbH . . . . .	157

## **4. Kapitel** **Die Feststellung des Rechnungsabschlusses**

A. Zur Vorlage der Feststellungsunterlagen . . . . .	160
B. Der Feststellungsbeschluß . . . . .	164

IX

	Seite
C. Zum Recht des einzelnen Gesellschafters auf Kenntnisnahme und Aushändigung der Jahresabschluß-Unterlagen . . . . .	173
D. Zur Teilnahme des Abschlußprüfers an den Verhandlungen über die Feststellung des Rechnungsabschlusses . . . . .	182
E. Zur Vorbereitung des Feststellungsbeschlusses . . . . .	194
F. Zur Nichtigkeit des festgestellten Jahresabschlusses . . . . .	196

## 5. Kapitel

### Die Verwendung des Jahresergebnisses

A. Zur Regelung der Ergebnisverwendung . . . . .	199
B. Zur Behandlung bereits vorhandener stiller Reserven . . . . .	211
C. Der Ergebnisverwendungsbeschluß . . . . .	216
D. Zur Absicherung der Gesellschafterminderheit . . . . .	218

## 6. Kapitel

### Die Publizitätspflicht der GmbH

A. Sinn und Zweck der Rechnungslegungspublizität . . . . .	224
B. Zur abgestuften Publizitätspflicht der GmbH . . . . .	226
C. Gesellschaftsvertragliche Abreden über die Publizitätspflicht . . . . .	228
D. Organisatorische Ausweichmöglichkeiten zur Vermeidung der Publizitätspflicht . . . . .	232
E. Zur organisatorischen Abwicklung der Publizität . . . . .	237

## 7. Kapitel

### Gestaltungsfreiheit und Satzungsstrenge unter dem Bilanzrecht der GmbH (ein Resumé)

A. Die Auswirkungen des Bilanzrichtlinien-Gesetzes auf die Unternehmensverfassung der GmbH . . . . .	240
B. Zur Rechtfertigung einer GmbH-spezifischen Rechnungslegung . . . . .	249

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort . . . . .	VII
<b>Einleitung</b> . . . . .	1
<b>A. Zur Konzeption des Bilanzrichtlinien-Gesetzes</b> . . . . .	3
I. Die Ziele des neuen Rechts der Rechnungslegung . . . . .	3
II. Die Struktur des Bilanzrichtlinien-Gesetzes . . . . .	3
<b>B. Zu den Auswirkungen des Bilanzrichtlinien-Gesetzes auf die GmbH</b>	5
I. Die GmbH als Hauptbetroffene der Bilanzrechtsreform . . . . .	5
II. Zur Kollision unterschiedlicher Gesetzeskonzeptionen . . . . .	6
1. Die rechtsformspezifischen Unterschiede zwischen der AG und der GmbH . . . . .	6
a) Das gesetzliche Leitbild der AG . . . . .	6
b) Das gesetzliche Leitbild der GmbH . . . . .	7
2. Die GmbH als kleine AG . . . . .	8
3. Die Freistellung der GmbH & Co vom Bilanzrichtlinien-Gesetz . . . . .	10
III. Eigener Ansatz . . . . .	12
<b>C. Gang der Untersuchung</b> . . . . .	13

## 1. Kapitel

### Die Aufstellung des Rechnungsabschlusses

<b>A. Die Pflicht zur laufenden Buchführung</b> . . . . .	15
I. Sinn und Zweck der Buchführungspflicht . . . . .	15
1. Externe Rechnungslegungszwecke . . . . .	15
2. Interne Rechnungslegungszwecke . . . . .	16
II. Zum Inhalt der Buchführungspflicht . . . . .	17
III. Zur Gestaltungsfreiheit im Rahmen der Buchführung . . . . .	18
1. Die generelle Pflicht zur ordnungsgemäßen Buchführung . . . . .	18
2. Die Organisation der Buchführung . . . . .	18
3. Die Verantwortlichkeit für die Buchführung . . . . .	19
4. Gesellschaftsrechtliche Gestaltungsmittel . . . . .	21
a) Die Geschäftsordnung . . . . .	21

	Seite
b) Das Weisungsrecht der Gesellschafter . . . . .	22
c) Der Gesellschaftsvertrag . . . . .	23
d) Der Anstellungsvertrag . . . . .	23
 <b>B. Die Pflicht zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts . . . . .</b>	 <b>24</b>
I. Sinn und Zweck von Jahresabschluß und Lagebericht . . . . .	25
II. Zum Inhalt des Jahresabschlusses und Lageberichts . . . . .	25
1. Der Jahresabschluß . . . . .	25
2. Der Lagebericht . . . . .	27
III. Zur Dispositivität des materiellen Rechnungslegungsrechts . . . . .	28
1. Die gesetzliche Rechnungslegung als unabdingbare Mindestpflicht . . . . .	28
a) Die Auswirkungen des neuen Bilanzrechts in der Praxis . . . . .	28
b) Die 4. Bilanzrichtlinie als europarechtliche Mindestvorgabe . . . . .	29
aa) Die Rechtswirkung europäischer Richtlinien auf das nationale Recht . . . . .	29
bb) Die Auslegung der 4. Bilanzrichtlinie . . . . .	30
cc) Die Auswirkungen auf das nationale Recht . . . . .	31
c) Besondere Regelungsziele des deutschen Bilanzrichtlinien-Gesetzes? . . . . .	32
2. Privatautonome Gestaltungsmöglichkeiten bei der Abschlußerstellung . . . . .	32
a) Der Grundsatz möglichst wahrheitsgetreuer Abschlußerstellung (§ 264 Abs. 2 HGB) . . . . .	33
b) Die gesetzlichen Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte . . . . .	34
c) Der Ausweis freiwilliger Jahresabschluß-Daten . . . . .	36
d) Die Ausgestaltung des Lageberichts . . . . .	37
IV. Rechnungslegungsergänzende Informationspflichten . . . . .	38
1. Der Erkenntniswert der gesetzlichen Rechnungslegung . . . . .	39
2. Die Pflicht der Geschäftsleitung zur ausreichenden Selbstinformation . . . . .	40
3. Der leitungsspezifische Informationsbedarf der GmbH-Gesellschafter . . . . .	42
a) Das gesteigerte Informationsinteresse der Gesellschafter . . . . .	42
b) Zu einem GmbH-spezifischen Gesellschafter-Informationssystem . . . . .	42
4. Besondere Informationswünsche außenstehender Dritter . . . . .	45
V. Zum Aufstellungsverfahren . . . . .	46
1. Die Zuständigkeit der Geschäftsführer für den Rechnungsabschluß . . . . .	46
a) Die Pflicht zur Aufstellung eines bloßen Abschlußentwurfes . . . . .	46

b) Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Abschlusßaufstellung	48
2. Der Bilanzausschuß der Gesellschafter	49
VI. Die Frist zur Aufstellung des Rechnungsabschlusses	50
1. Die Aufstellungsfrist in prüfungspflichtigen Gesellschaften	51
a) Die gesetzliche Ausgangslage	51
b) Gesellschaftsvertragliche Fristenregelungen	52
2. Die Aufstellungsfrist in den kleinen Gesellschaften	53
a) Die gesetzliche Ausgangslage	53
b) Gesellschaftsvertragliche Fristenregelungen	55

## 2. Kapitel

### Die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts durch den Abschlusßprüfer

A. Sinn und Zweck der Abschlusßprüfung	56
I. Die Abschlusßprüfung als Mittel zur Sicherung der externen Publizität	57
II. Die Abschlusßprüfung als Mittel zur Verbesserung des gesellschaftsinternen Informationsflusses	57
III. Die Befreiung der kleinen GmbH von der Prüfungspflicht	59
B. Gegenstand und Umfang der Abschlusßprüfung	60
I. Die gesetzliche Ausgangslage	60
1. Zum Gegenstand der Abschlusßprüfung	60
2. Zum Umfang der Abschlusßprüfung	61
II. Zur Disposivität der Prüfungspflicht	63
1. Die gesetzliche Abschlusßprüfung als unabdingbare Unternehmenskontrolle	63
2. Die Vornahme freiwilliger Prüfungen	64
a) Die freiwillige Abschlusßprüfung in kleinen GmbHs	64
aa) Die Zulässigkeit freiwilliger Abschlusßprüfungen	64
bb) Die Prüfungsgrundsätze für freiwillige Abschlusßprüfungen	65
cc) Die gesellschaftsinterne Zuständigkeit für die Einführung freiwilliger Prüfungen	66
b) Freiwillige Zusatzprüfungen in mittleren und großen Gesellschaften	67
aa) Zur Notwendigkeit weiterer Prüfungsmaßnahmen	67
bb) Die Zulässigkeit freiwilliger Zusatzprüfungen	69

	Seite
cc) Die gesellschaftsinterne Zuständigkeit für die Anordnung freiwilliger Zusatzprüfungen . . . . .	69
dd) Schuldrechtlicher oder korporationsrechtlicher Prüfungsauftrag? . . . . .	70
<b>C. Zur Bestellung und Abberufung des Abschlußprüfers . . . . .</b>	<b>72</b>
I. Der zur Abschlußprüfung befugte Personenkreis . . . . .	72
1. Die doppelte Prüferbefugnis . . . . .	72
2. Gesellschaftsvertragliche Vereinbarungen über die Prüferperson . . . . .	74
II. Die Unabhängigkeit des Abschlußprüfers . . . . .	77
1. Die gesetzlichen Ausschlußgründe . . . . .	77
a) Die institutionelle Inkompatibilität des Abschlußprüfers . . . . .	77
b) Die tätigkeitsbedingte Inkompatibilität des Abschlußprüfers . . . . .	77
aa) Abschlußprüfung und Abschlußkorrektur . . . . .	78
bb) Abschlußprüfung und Abschlußberatung . . . . .	78
cc) Abschlußprüfung und Steuerberatung . . . . .	80
c) Die vermögensbezogene Inkompatibilität des Abschlußprüfers . . . . .	81
2. Gesellschaftsvertragliche Unvereinbarkeitsregelungen . . . . .	81
3. Die Rechtsfolgen bei Verletzung der Unvereinbarkeitsbestimmungen . . . . .	82
III. Die Bestellung des Abschlußprüfers durch die Gesellschaft . . . . .	84
1. Die Wahl des Abschlußprüfers . . . . .	84
a) Die Teilnahme des Gesellschafter-Geschäftsführers an der Wahl . . . . .	84
b) Die Zuständigkeit der Gesellschafter für die Wahl des Abschlußprüfers . . . . .	86
aa) Gesellschaftsvertragliche Abreden über die Wahlkompetenz . . . . .	86
bb) Die gesetzliche Kompetenzordnung als unabdingbarer Mindestschutz für den Abschlußprüfer . . . . .	90
cc) Konsortialabreden über die Wahl des Abschlußprüfers . . . . .	91
c) Beschlußmehrheiten bei der Prüferwahl . . . . .	92
d) Der Zeitpunkt der Prüferwahl . . . . .	93
e) Zum Vorschlagsrecht des Aufsichtsrats für den Abschlußprüfer . . . . .	94
2. Die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlußprüfer . . . . .	95
a) Die Geschäftsführer als ausführendes Organ der GmbH . . . . .	95
b) Ermessensspielräume bei der Vergabe des Prüfungsauftrages . . . . .	96
3. Die Dauer des Prüfungsmandats . . . . .	98
a) Die Risiken einer alljährlichen Neuwahl . . . . .	98
b) Gesellschaftsvertragliche Regelung über die Wahlperiode . . . . .	98
IV. Die gerichtliche Ersetzung und Bestellung des Abschlußprüfers . . . . .	100
1. Das Verbot der freien Abberufung des Abschlußprüfers . . . . .	100

	Seite
2. Die gerichtliche Ersetzung des gewählten Abschlußprüfers . . . . .	100
a) Sinn und Zweck des Ersetzungsverfahrens . . . . .	100
b) Gesellschaftsvertragliche Abreden über die Ersetzung des Abschlußprüfers . . . . .	101
aa) Das gerichtliche Ersetzungsverfahren als hoheitliche Kontrolle des Abschlußprüfers . . . . .	101
bb) Die Antragsbefugnis zur Abberufung . . . . .	102
cc) Widerspruch und Antragsfrist . . . . .	104
c) Die Auswahl des neuen Prüfers . . . . .	106
3. Die gerichtliche Bestellung des Abschlußprüfers . . . . .	106
a) Sinn und Zweck der Ersatzbestellung . . . . .	106
b) Gesellschaftsvertragliche Abreden über die Ersatzbestellung . . . . .	107
4. Die Kündigung des Prüfungsauftrages durch den Abschlußprüfer . . . . .	108
a) Der Kündigungsgrund . . . . .	108
b) Vereinbarungen über den Kündigungsgrund . . . . .	109
c) Folgepflichten aus der Kündigung des Prüfungsverhältnisses . . . . .	110
 <b>D. Zum Ablauf des Prüfungsverfahrens . . . . .</b>	 <b>111</b>
I. Die Pflicht des Abschlußprüfers zur ordnungsgemäßen Abschlußkontrolle . . . . .	111
II. Das gerichtliche Entscheidungsverfahren über Einzelfragen der Rechnungslegung . . . . .	113
III. Die Einschaltung der Gesellschafter in das Prüfungsverfahren . . . . .	114
 <b>E. Das Ergebnis der Abschlußprüfung . . . . .</b>	 <b>116</b>
I. Der Bestätigungsvermerk . . . . .	116
1. Sinn und Zweck des Testats . . . . .	116
2. Abreden über das Testat . . . . .	118
a) Die Pflicht des Abschlußprüfers zur eigenverantwortlichen Testatserteilung . . . . .	118
b) Der Bestätigungsbericht . . . . .	119
II. Der Prüfungsbericht . . . . .	120
1. Sinn und Zweck des Prüfungsberichts . . . . .	120
2. Vereinbarungen über den Prüfungsbericht . . . . .	121
a) Der Verzicht auf den Prüfungsbericht . . . . .	121
b) Zur inhaltlichen Ausgestaltung des Prüfungsberichts . . . . .	123
c) Die direkte Vorlage des Prüfungsberichts an die Gesellschafter . . . . .	125

### 3. Kapitel Die Prüfung der Rechnungslegung durch den Aufsichtsrat

<b>A. Die verschiedenen Aufsichtsratsmodelle . . . . .</b>	<b>127</b>
I. Der fakultative Aufsichtsrat . . . . .	127
II. Der obligatorische Aufsichtsrat nach den Mitbestimmungs-Gesetzen . . . . .	128
III. Der Beirat . . . . .	128
 <b>B. Zur Prüfung und Berichterstattung über die Abschlußunterlagen . . . . .</b>	<b>129</b>
I. Die Vorlage der Prüfungsunterlagen . . . . .	130
1. Zum Vorlageanspruch des Aufsichtsrates . . . . .	130
2. Die vorzulegenden Abschlußunterlagen . . . . .	131
a) Die gesetzliche Vorlagepflicht . . . . .	131
b) Gesellschaftsvertragliche Regelungen über die Vorlagepflicht . . . . .	133
3. Die Vorlagefrist . . . . .	134
a) Die gesetzliche Fristenregelung . . . . .	134
b) Gesellschaftsvertragliche Fristenregelungen . . . . .	135
4. Die Gesellschafter als vorlegendes Organ . . . . .	135
II. Die Prüfung der Abschlußunterlagen . . . . .	136
1. Der Prüfungsmaßstab . . . . .	136
2. Zur Autarkie des Aufsichtsrates . . . . .	137
a) Eigenverantwortliche Prüfung und externe Beratung . . . . .	137
b) Zu einer gesellschaftsvertraglich erlaubten externen Beratung . . . . .	139
3. Der Bilanzausschuß des Aufsichtsrates . . . . .	140
III. Der Bericht an die Gesellschafter . . . . .	141
1. Zum Inhalt der Berichtspflicht . . . . .	141
2. Die Frist zur Prüfung und Berichterstattung . . . . .	143
a) Die gesetzliche Frist . . . . .	143
b) Vertragliche Fristenregelungen . . . . .	144
 <b>C. Zur Teilnahme des Abschlußprüfers an der Bilanzsitzung . . . . .</b>	<b>145</b>
I. Die Anwesenheitspflicht des Abschlußprüfers in Aufsichtsräten, die ausschließlich den Jahresabschluß prüfen . . . . .	145
1. Die gesetzliche Anwesenheitspflicht . . . . .	145
2. Gesellschaftsvertragliche Regelungen über die Teilnahmepflicht . . . . .	146
II. Die Anwesenheitspflicht des Abschlußprüfers in Aufsichtsräten, die statutarisch zur Abschlußfeststellung ermächtigt sind . . . . .	148
1. Das gesetzliche Ladungsrecht als Individualanspruch . . . . .	148
2. Gesellschaftsvertragliche Regelungen über die Teilnahmepflicht des Abschlußprüfers . . . . .	149



	Seite
a) Die statutarische Einräumung des individuellen Ladungsrechts .	149
b) Die statutarische Beibehaltung des kollektiven Ladungsrechts .	150
<b>D. Zur Einsicht und Aushändigung der Prüfungsvorlagen . . . . .</b>	<b>151</b>
I. Die Rechtsgrundlage für das Einsichts- und Aushändigungsrecht . . .	151
II. Die Pflicht zur Kenntnisnahme der Abschlußunterlagen . . . . .	152
1. Die individuelle Informationspflicht jedes Aufsichtsratsmitglieds .	152
2. Privatautonome Regelungen über das Einsichtsrecht . . . . .	153
III. Das Recht auf Aushändigung der Prüfungsvorlagen . . . . .	155
1. Das gesetzliche Aushändigungsrecht . . . . .	155
2. Privatautonome Regelungen über das Aushändigungsrecht . . . .	156
a) Regelungsmöglichkeiten in mitbestimmten Aufsichtsräten . . .	156
b) Regelungsmöglichkeiten in mitbestimmungsfreien Aufsichts- räten . . . . .	156
<b>E. Zu den Auswirkungen der Neuregelung auf die Funktion des Auf- sichtsrates in der GmbH . . . . .</b>	<b>157</b>
I. Der fakultative Aufsichtsrat . . . . .	157
II. Der betriebsverfassungsrechtliche Aufsichtsrat . . . . .	158
III. Die paritätisch besetzten Aufsichtsräte . . . . .	159

#### 4. Kapitel Die Feststellung des Rechnungsabschlusses

<b>A. Zur Vorlage der Feststellungsunterlagen . . . . .</b>	<b>160</b>
I. Die Vorlagepflicht der Geschäftsführer . . . . .	160
II. Die vorzulegenden Unterlagen . . . . .	161
III. Die Vorlagefrist . . . . .	163
1. Die gesetzliche Fristenregelung . . . . .	163
2. Gesellschaftsvertragliche Fristenregelungen . . . . .	164
<b>B. Der Feststellungsbeschluß . . . . .</b>	<b>164</b>
I. Die Gesellschafter als Feststellungsorgan . . . . .	164
1. Die gesetzliche Organkompetenz . . . . .	164
2. Gesellschaftsvertragliche Abreden über die Feststellungskompe- tenz . . . . .	165
II. Zum Gegenstand des Feststellungsbeschlusses . . . . .	166

	Seite
III. Objektive Grenzen der Abschlußfeststellung . . . . .	168
1. Die Bindung des Feststellungsorgans an das vorgegebene Bilanzrecht . . . . .	168
2. Die Wirksamkeitsvoraussetzungen von Gesellschafterbeschlüssen im Rahmen der Abschlußfeststellung und Ergebnisverwendung . .	168
IV. Zur Beschlußfassung . . . . .	170
V. Die Feststellungsfrist . . . . .	170
1. Die gesetzliche Feststellungsfrist . . . . .	170
2. Gesellschaftsvertragliche Fristenregelungen . . . . .	171
VI. Jahresabschlußfeststellung und Ergebnisverwendung . . . . .	171
 <b>C. Zum Recht des einzelnen Gesellschafters auf Kenntnisnahme und Aushändigung der Jahresabschluß-Unterlagen . . . . .</b>	 <b>173</b>
I. Das gesetzliche Informationsrecht . . . . .	173
1. Zur Einsicht in die Jahresabschluß-Unterlagen . . . . .	173
2. Zur Verweigerung der Jahresabschluß-Unterlagen . . . . .	175
II. Gesellschaftsvertragliche Regelungen über die Jahresabschluß-Unterlagen . . . . .	177
1. Der Rechnungsabschluß als unabdingbare Mindestinformation jedes Gesellschafters . . . . .	177
2. Gesellschaftsvertragliche Regelungen über die Prüfungsberichte des Abschlußprüfers bzw. Aufsichtsrates . . . . .	178
a) Gesellschaftsvertragliche Absicherungen der Einsichts- und Aushändigungsgarantie . . . . .	178
b) Der Ausschuß der Gesellschafter von den Prüfungsberichten . .	179
 <b>D. Zur Teilnahme des Abschlußprüfers an den Verhandlungen über die Feststellungen des Rechnungsabschlusses . . . . .</b>	 <b>182</b>
I. Die Pflicht des Abschlußprüfers zur Teilnahme . . . . .	182
1. Die gesetzliche Teilnahmepflicht . . . . .	183
a) Die Teilnahmepflicht bei obligatorischen und freiwilligen Prüfungen . . . . .	183
b) Der Antrag des Gesellschafters auf Teilnahme des Abschlußprüfers an der Bilanzsitzung . . . . .	184
c) Die Sanktionen bei einer unberechtigten Teilnahmeverweigerung . . . . .	185
d) Die klageweise Durchsetzung der Teilnahmepflicht . . . . .	186
2. Gesellschaftsvertragliche Regelungen über die Teilnahmepflicht .	187
a) Die statutarische Einführung des Mehrheitsprinzips . . . . .	187
b) Das Ladungsrecht der Gesellschafter bei einer statutarisch verlangten Feststellungskompetenz . . . . .	189

	Seite
c) Die weitere statutarische Absicherung des Gesellschafter-Ladungsrechts . . . . .	191
II. Die Pflicht des Abschlußprüfers zur Auskunftserteilung . . . . .	192
1. Die gesetzliche Auskunftspflicht . . . . .	192
a) Der gesetzliche Auskunftsanspruch des einzelnen Gesellschafters . . . . .	192
b) Der Umfang der Auskunftspflicht . . . . .	193
2. Gesellschaftsvertragliche Regelungen über die Auskunftspflicht . . . . .	194
<b>E. Zur Vorbereitung des Feststellungsbeschlusses . . . . .</b>	<b>194</b>
I. Die Pflicht der Geschäftsführer zur Herbeiführung des Feststellungsbeschlusses . . . . .	194
II. Privatautonome Vereinbarungen über die Vorbereitungspflichten der Geschäftsleitung . . . . .	196
<b>F. Zur Nichtigkeit des festgestellten Jahresabschlusses . . . . .</b>	<b>196</b>
I. Die einzelnen Nichtigkeitsgründe . . . . .	197
II. Gesellschaftsvertragliche Abreden über die Nichtigkeit des festgestellten Jahresabschlusses . . . . .	198

## 5. Kapitel Die Verwendung des Jahresergebnisses

<b>A. Zur Regelung der Ergebnisverwendung . . . . .</b>	<b>199</b>
I. Die Gewinnverwendung nach bisherigem Recht . . . . .	199
II. Die Gewinnverwendung unter dem Bilanzrichtlinien-Gesetz . . . . .	200
1. Die Gewinnverwendung in sog. Neugesellschaften . . . . .	201
a) Die gesetzliche Gewinnverwendung durch mehrheitlichen Gesellschaftersbeschuß . . . . .	201
b) Die Gewinnverwendung durch gesellschaftsvertragliche Regelung . . . . .	204
c) Die Gewinnverwendung im Wege der sog. Satzungsdurchbrechung . . . . .	205
2. Die Gewinnverwendung in sog. Altgesellschaften . . . . .	206
a) Die vorübergehende Fortgeltung des überkommenen Rechts . . . . .	206
b) Zur Anpassung des überkommenen Rechts . . . . .	207
aa) Die vorläufige Registersperre . . . . .	207
bb) Der Zwang zur „Satzungsbefassung“ . . . . .	208

	Seite
<b>B. Zur Behandlung bereits vorhandener stiller Reserven</b> . . . . .	211
I. Zur Notwendigkeit einer Übergangsregelung . . . . .	211
II. Zur Aufdeckung der stillen Reserven . . . . .	212
1. Die zwangsweise aufzudeckenden Reserven . . . . .	212
2. Die wahlweise aufzudeckenden Reserven . . . . .	213
III. Zur Verwendung der stillen Reserven . . . . .	214
IV. Grundsätze für die Ausübung der Wahlrechte . . . . .	214
<b>C. Der Ergebnisverwendungsbeschluß</b> . . . . .	216
I. Zur gesellschaftsinternen Zuständigkeit für die Ergebnisverwendung . . . . .	216
II. Die erforderlichen Beschlußmehrheiten . . . . .	217
III. Die Frist zur Beschlußfassung über die Ergebnisverwendung . . . . .	218
<b>D. Zur Absicherung der Gesellschafterminderheit</b> . . . . .	218
I. Das allgemeine Anfechtungsrecht . . . . .	218
1. Die gesetzlichen Voraussetzungen der Anfechtungsklage . . . . .	218
2. Zur Dispositivität des Anfechtungsrechts . . . . .	219
II. Die Anfechtungsklage wegen übermäßiger Rücklagenbildung . . . . .	220
1. Die gesetzlichen Voraussetzungen der gewinnbezogenen Anfechtungsklage . . . . .	220
2. Zur Dispositivität des gewinnbezogenen Anfechtungsrechts . . . . .	222
III. Das gesetzliche ordentliche Austrittsrecht des einzelnen Gesellschafters . . . . .	222

## 6. Kapitel

### Die Publizitätspflicht der GmbH

<b>A. Sinn und Zweck der Rechnungslegungspublizität</b> . . . . .	224
<b>B. Zur abgestuften Publizitätspflicht der GmbH</b> . . . . .	226
<b>C. Gesellschaftsvertragliche Abreden über die Publizitätspflicht</b> . . . . .	228
I. Zu den Nachteilen einer Offenlegungspflicht . . . . .	228
II. Die gesetzliche Publizitätspflicht als unabdingbare Mindestinformation über die Unternehmenslage . . . . .	229
1. Europarechtliche Grenzen der Gestaltungsfreiheit . . . . .	229
2. Die Rückwirkungen der Bilanzrichtlinie auf das deutsche Recht . . . . .	230
III. Freiwillige Publikationen . . . . .	231

	Seite
<b>D. Organisatorische Ausweichmöglichkeiten zur Vermeidung der Publizitätspflicht</b> . . . . .	232
I. Die GmbH & Co. KG . . . . .	232
II. Die Betriebsaufspaltung . . . . .	234
III. Die Vorabdividende . . . . .	235
IV. Gesamtwürdigung . . . . .	236
<b>E. Zur organisatorischen Abwicklung der Publizität</b> . . . . .	237
I. Die Einreichung der Jahresabschluß-Unterlagen als Geschäftsführungsmaßnahme . . . . .	237
II. Publikationsstelle und Veröffentlichungsfrist . . . . .	238

## 7. Kapitel

### Gestaltungsfreiheit und Satzungsstrenge unter dem Bilanzrecht der GmbH (ein Resumé)

<b>A. Die Auswirkungen des Bilanzrichtlinien-Gesetzes auf die Unternehmensverfassung der GmbH</b> . . . . .	240
I. Grundsätzliches zur Bewertung des Bilanzrichtlinien-Gesetzes . . . . .	240
1. Satzungsstrenge Bilanzrecht . . . . .	240
2. Disponibles Organisationsrecht . . . . .	241
II. Die Regelungskomplexe im einzelnen . . . . .	242
1. Die Aufstellung des Rechnungsabschlusses . . . . .	242
2. Die Prüfung des Rechnungswesens durch den Abschlußprüfer . . . . .	243
3. Die Prüfung des Rechnungswesens durch den Aufsichtsrat . . . . .	245
4. Die Feststellung des Rechnungsabschlusses . . . . .	246
5. Die Verwendung des Jahresergebnisses . . . . .	247
6. Die Publizitätspflicht der GmbH . . . . .	248
<b>B. Zur Rechtfertigung einer GmbH-spezifischen Rechnungslegung</b> . . . . .	249
I. Die Gefahr einer satzungsstrengen Einheitsgesellschaft . . . . .	249
II. Zum Bedürfnis nach einer flexiblen Gesellschaftsform . . . . .	249
III. Rechtsformübergreifende Gesetzesregelung und GmbH-spezifische Norminterpretation . . . . .	253
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	255
<b>Übersicht über die Gesetzesmaterialien zur Transformation der 4. Bilanzrichtlinie</b> . . . . .	285
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	287